

EGB Aufruf zu den Wahlen des Europäischen Parlaments

Angenommen bei der EGB-Vorstandssitzung vom 22-23 Oktober 2013

Zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 wählen die BürgerInnen der EU-Länder ihre VertreterInnen im Europäischen Parlament. Das Parlament nimmt wichtige Aufgaben wahr, kann Gesetze annehmen oder verwerfen, verwaltet das gemeinsame europäische Budget und wählt den Kommissionspräsidenten.

In den letzten Jahren haben viele Abgeordnete die Forderungen des EGB unterstützt. Banken werden stärker reguliert und Bankerboni eingeschränkt. Das Europäische Parlament hat noch weitere Forderungen unterstützt, die Finanztransaktionssteuer, die Jugendgarantie, die sozialen und umweltfreundlichen Kriterien bei öffentlichen Aufträgen und den Sozialpakt des EGB.

Europaweit sind nationalistische und rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Die Gewerkschaften müssen dagegen mobilisieren. Die Wahlen im Mai 2014 sind wichtig für uns alle.

Der EGB steht für einen Kurswechsel: Wir kämpfen für ein besseres Europa!

Dieses Europa lehnen wir ab:

Der EGB ist klar gegen die einseitige Sparpolitik. Die Kürzungen der Staatsinvestitionen haben uns bisher nur Massenarbeitslosigkeit beschert. 26,5 Millionen Arbeitslose, 5,7 Millionen davon Jugendliche unter 25 - ein trauriger Rekord. Die derzeitige Politik der Niedriglohnjobs setzt auf Wettbewerb über niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und unfaire Steuern.

Die EU war über Jahrzehnte lang ein Modell für den Fortschritt. Wirtschaftswachstum wurde traditionell mit der nachhaltigen Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen verbunden. Dieses Europäische Sozialmodell ist in Gefahr und wird zunehmend ausgehöhlt. Schuld daran sind die Vorgaben von Kommission und Rat, nicht die EU an sich.

Unser Europa - die Politik, die wir fordern:

Der EGB verlangt einen **Politikwechsel** für ein soziales Europa, für Vollbeschäftigung und für eine sichere Zukunft für kommende Generationen.

Wir wollen: Sichere Jobs

- **Eine Strategie für die Wiederbelebung des Arbeitsmarktes hat oberste Priorität. 11 Millionen Arbeitsplätze können über unseren ehrgeizigen Investitionsplan geschaffen werden.** Der Plan wird die Europäische Wirtschaft ankurbeln und Europa den Schritt in eine klimafreundliche Zukunft erleichtern. Die moderne Industriepolitik setzt auf Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Nachhaltigkeit. Das gemeinsame Budget für die wirtschaftliche Erholung muss sozial und fair gestaltet und demokratisch verwaltet, die Jugendgarantie voll umgesetzt werden.
- **Das sofortige Ende der einseitigen Sparpolitik.** Die Staatsschulden müssen abgebaut werden, aber nicht durch Sozialabbau. Größere öffentliche Investitionen sollen von der „Goldenen Regel“ ausgenommen werden, die das strukturelle Defizit der Mitgliedsstaaten auf 0,5 Prozent des BIP beschränkt.
- **Die Garantie, dass die wirtschaftlichen Freiheiten nicht über soziale Grundrechte gestellt werden.** Die EU ist kein reines Wirtschaftsprojekt. Das

Kernziel soll die Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen sein und der soziale Fortschritt soll verpflichtend vorangetrieben werden. Die Aufnahme eines „Sozialen Fortschrittsprotokolls“ in die Verträge muss dies sicherstellen.

- **Kollektivverhandlungen und Autonomie der Sozialpartner.** Der soziale Dialog muss auf allen Ebenen konkret gestärkt werden. Die Tarifautonomie der Sozialpartner muss garantiert werden, besonders in Bezug auf Lohnverhandlungen. Die EU muss die Rolle der Arbeitnehmer-Vertreter anerkennen. Ordentliche Löhne steigern die Kaufkraft und beleben die Wirtschaft.
- **Das Ende der prekären Beschäftigung.** Schluss mit Niedriglohnjobs. Der gesetzliche Mindestlohn muss in jenen Ländern erhöht werden, wo die Gewerkschaften dies für notwendig erachten. Ein soziales Mindesteinkommen sollte in den Mitgliedstaaten nach gemeinsamen europäischen Prinzipien eingeführt werden. Ein Recht auf Bildung und Ausbildung muss für alle gelten. England, Polen und Tschechien entziehen sich nach wie vor der Europäischen Grundrechtecharta, diese Ausnahmen dürfen nicht länger gelten. Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen stehen allen BürgerInnen zu.
- **Hohe Standards für Gesundheit, Sicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz.** Die Arbeitszeitrichtlinie darf nicht weiter geschwächt werden. Eine europäische Strategie muss rasch entworfen werden.

Gleichheit und Solidarität

- **Kohäsion und soziale Gerechtigkeit wiederherstellen.** Wir müssen die wachsenden Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern, Regionen und Gebieten, unter ArbeitnehmerInnen wie BürgerInnen verringern. Wir müssen die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten festigen. Effektive und bindende Maßnahmen müssen eingeführt werden, um dem unfairen Wettbewerb und Sozialabbau entgegenzuwirken, indem garantiert wird, dass alle ArbeitnehmerInnen gleichen Lohn und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit bekommen.
- **Jegliche Form von Diskriminierung auf allen Ebenen bekämpfen.** Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie, Nationalismus und Extremismus müssen rigoros bekämpft werden. Mobilität muss fair, gerecht und freiwillig sein. ArbeitsmigrantInnen müssen die gleiche Behandlung wie andere ArbeitnehmerInnen erhalten und über ihre Rechte informiert werden. Die Migrationspolitik muss dringend geändert werden. Spezielle Maßnahmen müssen getroffen werden, um das Gender-Gap zu schließen, vor allem die Einkommensschere. Die Work-Life Balance muss verbessert werden.
- **Qualitative öffentliche Dienste und für alle zugängliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** sind, wie in der Grundrechtecharta vorgesehen, umzusetzen. Internationale Handelsabkommen müssen diese Grundsätze respektieren. Neue Betreuungs- und Gesundheitsdienste sollen für Kinder und ältere Personen entwickelt werden (z.B. für angewiesene Personen, die eine garantierte Langzeitbetreuung benötigen, in der auf ihre Würde Rücksicht genommen wird).
- **Soziale Sicherung** ist ein fundamentales Menschenrecht, deren Finanzierung gerecht verteilt werden muss; In diesem Kontext entscheidend bleibt die Rolle der öffentlichen Pensionssysteme (erste Säule).
- **Eine fairere Steuerpolitik.** Neue und **verbindliche** Maßnahmen sind nötig, um Steuerhinterziehung, -vermeidung und -betrug zu bekämpfen. Steueroasen müssen eliminiert werden, beginnend mit der unverzüglichen Umsetzung der

Entschlüsse des Europäischen Rates und der G20. Wir müssen Korruption, Schwarzarbeit und Spekulation bekämpfen. Besteuerung in Europa muss progressiv und umverteilend sein. Die Bemessungsgrundlagen der Unternehmenssteuern und die Höhe der Besteuerung müssen durch die Einführung eines Mindestsatzes von 25% harmonisiert werden, welches der derzeitige Durchschnittssatz ist. Überdies ist die europäische Wirtschaft mehr denn je vom Finanzsektor abhängig, der solide und transparent sein muss. Die Kontrolle von Finanzmärkten und Finanzinstituten muss zum Vorteil der Realwirtschaft verstärkt werden.

Demokratie

- **Transparenz, Legitimität und Verantwortung, um die europäische Economic Governance zu überwachen.** Unter dem Vorwand der Krise wurden zahlreiche anti-demokratische und ungeeignete Maßnahmen eingeführt. Die berühmte „Troika“ (bestehend aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds) hat kein in der Europäischen Gesetzgebung begründetes Mandat. Die Annahme des Fiskalpaktes hat die BürgerInnen und das Europäische Parlament aus jeglicher Beteiligung an diesem Prozess ausgeschlossen. Derartige Vorgehensweisen müssen verhindert werden. Soziale Indikatoren müssen verbindlich in diese Economic Governance integriert werden.
- **Generelle Stärkung und Vertiefung von Demokratie und Transparenz innerhalb der Europäischen Institutionen.** Es ist wichtig, ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität für die europäischen BürgerInnen wieder herzustellen. Die Macht des Europäischen Parlaments, die europäische Politik und die Gesetzgebung zu kontrollieren, muss verstärkt werden. Die jeweiligen Kompetenzen des Europaparlamentes und der nationalen Parlamente müssen besser definiert werden, um die demokratische Kontrolle von politischen Entscheidungen zu verbessern.
- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen **Europäische sowie internationale Instrumente wie die ILO-Übereinkommen** streng befolgen.
- **Informations-, Konsultations- und Partizipationsrechte am Arbeitsplatz** dürfen nicht geschwächt werden, sondern müssen verbessert werden und Demokratie am Arbeitsplatz muss gestärkt werden, vor allem auch bei Umstrukturierungen.

Schlussfolgerung:

Bei den nächsten Wahlen des Europäischen Parlaments im Mai 2014 steht eine grundsätzliche Entscheidung über den politischen Kurs Europas an: Entweder werden Sparpolitik und das Sozial-Dumping beendet – oder dies wird fortgesetzt. Um unseren Kurs zu ändern, müssen wir – unter Berücksichtigung der Geschlechterbalance - Parlamentsabgeordnete wählen, die bereit sind, die Interessen der EU-BürgerInnen zu verteidigen, indem sie einen Kurswechsel anstreben. Parlamentarier, die ein **anderes Europäisches Projekt anstreben, basierend auf sozialem Fortschritt**, verbunden mit der Absicht, die Sparpolitik, Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit sowie Lohn- und Steuerdumping zu beenden und ein Europa zu stärken, das den Vorstellungen der Menschen entspricht, ein Europa, das seinen BürgerInnen näher steht.

Es gibt eine soziale Vision für die EU. Der europäische Gewerkschaftsbund (ETUC), die Stimme der europäischen ArbeitnehmerInnen, ruft die Beschäftigten auf, massenhaft an diesen Wahlen teilzunehmen. **Jede Stimme zählt.**